Sonntag, 14. September 1924 · 72. Jahrgang Nr. 438

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 15 Goldpfennig.

Mit Berliner Familien-Zeitung
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus- u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK“

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschliesslich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 60 Goldpfennig im voraus zahlbar; durch die Post 2,15 Goldmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preis: Die 12gespaltene Zeile 0.70 Goldmark; für kleine Anzeigen: das Wort 0.20 Goldmark; das fettgedruckte Wort 0.40 Goldmark. Haupt-Expedition: SW, Jerusalemer Str. 46–49. Fernspr.: Dönhoff Nr. 3440 bis 3455; für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4209. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 324, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 67-68, Wiener Strasse 1-6, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 346, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 197, Kochhannstr. 8, Schönhauser Allee 144.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Schiffbauerdamm 4, Rheinsberger Str. 79, Fennstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 61, Königstr. 56-57, Rosenthaler Str. 48, Rathenower Str. 3, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 83, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 50, Blücherstr. 69, Fidicinstr. 9; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr. 39, Nürnberger Str. 25-26, Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94, Kaiser-Friedrich-Str. 247-48. Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 14; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weissensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21-22; Cöpenick: Schlossstrasse 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 3.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die Wirkungen des Preisabbaus

Hoffnungen des Reichsfinanzministers Dr. Luther — Die notwendige Goldwährung Reform des Steuerwesens

Die Reichsregierung hat eine Reihe von wirtschaftlichen und steuerlichen Maßnahmen in Aussicht genommen, um die Lasten, die mit dem Londoner Abkommen verbunden sind, für das deutsche Volk möglichst tragbar zu machen. Es sollen deshalb die Frachten der Normalklasse des Gütertarifs, insbesondere für Kohlentransporte, um 10 Prozent ermäßigt werden, auch tritt bei den Kohlenpreisen selbst eine Herabsetzung ein. Ferner ist eine Ermäßigung der Postanweisungs- und Postscheckgebühren in Aussicht genommen. Weiter wird die Reichsbank Handel und Industrie größere Kredite einräumen; die Laufzeit von Warenwechseln soll auf drei Monate ausgedehnt werden. Von einschneidender Bedeutung für die Wirtschaft ist die Herabsetzung der Umsatzsteuer von 2½ auf 2 Prozent vom 1. Oktober ab, wie auch eine Minderung der die Kapitalbeschaffung belastenden Steuern vorgesehen ist.

Ueber die Preisabbau-Aktion gewährte Reichsfinanzminister Dr. Luther einem Vertreter des W. T. B. eine Unterredung, die folgendermaßen verlief:

Frage: „Welche Wirkungen versprechen Sie sich, Herr Reichsminister, von den angekündigten Maßnahmen der Reichsregierung zur Erleichterung des Wirtschaftslebens?“

Reichsminister: „Darauf muß ich Ihnen zunächst antworten, daß ich mir keine Wunderwirkungen verspreche. Die Zeit der Illusionen ist vorbei. Jetzt muß die zähe, mühsame Wiederaufbauarbeit beginnen. Diese Wiederaufbauarbeit wird zweifellos allmählich Früchte tragen, und zwar dauerhafte Früchte.

Die Leute freilich, die zu meinen schienen, nach Annahme der Gesetze über das Londoner Abkommen werde bei uns sozusagen über Nacht ein riesiger wirtschaftlicher Aufschwung einsetzen, waren ebenso große Illusionisten, wie die anderen, die glaubten, wir hätten unser Leben als Wirtschaft und Volk aufrecht erhalten können, wenn wir das Londoner Abkommen ablehnten.“

Frage: „Sind die Voraussetzungen für den allmählichen Wiederaufbau nicht aber schon durch die Markstabilisierung im vorigen Herbst geschaffen word?“

Reichsminister: „Ja und nein! Ohne die Maßnahmen des vorigen Herbstes und Winters, also besonders ohne die Schaffung der Rentenmark und ohne die harten finanzpolitischen Eingriffe durch Steuererhöhungen würde heute für den Wiederaufbau jede Grundlage fehlen. All das aber waren Maßnahmen Deutschlands mit den letzten Resten seiner eigenen Kraft, die durch den Ruhreinbruch an der wichtigsten Stelle abgebunden und durch die unselige Inflation völlig aufgezehrt war.

Jetzt dagegen wird Deutschland nach dem Londoner Abkommen nach und nach wieder in den Besitz seiner eigenen Wirtschaftskraft kommen, soweit sie durch den Vertrag von Verasilles ihm belassen ist.

Das Verschwinden der Binnen-Zollinie im Westen ist der erste Schritt nach dieser Richtung. Die Rückübertragung der ganzen Zollverwaltung des besetzten Gebietes an die deutsche Regierung wird folgen, ebenso die Wiedervereinigung des Eisenbahnnetzes und andere Wiederherstellungsmaßnahmen. Von besonderer Wichtigkeit wird die Wiederzulassung der vertriebenen Beamten und damit die Wiedererrichtung einer unabhängigen deutschen Verwaltung auch im besetzten Gebiet sein. Außerdem aber wird Deutschland jetzt wieder eine Währung erhalten, die, um mich so auszudrücken, die internationale Währungssprache spricht. Deutschland braucht die Goldwährung, weil es seine Bevölkerung nicht aus dem eigenen Boden ernähren kann, und deshalb auf den internationalen Wirtschaftsverkehr angewiesen ist. Auf der Grundlage dieser Währung, die wegen ihrer international anerkannten Form in sich stärker ist als die Rentenmark, wird es für die Wirtschaft möglich sein, Kredite in größerem Umfange zu erhalten als bisher. Die Rentenmark war für die Zwischenzeit die denkbar beste Lösung und wird vor jedem objektiven geschichtlichen Urteil bestehen. Für den eigentlichen Wiederaufbau aber brauchen wir die Goldgrundlage.“

Frage: „Wenn Sie von diesen allgemeinen Gesichtspunkten ausgehen, so können die Maßnahmen, die die Reichsregierung soeben bekanntgegeben hat, doch nur erste Schritte auf der Bahn des Wiederaufbaus darstellen, doch nur sozusagen einen Keil, der ins Wirtschaftsleben hineingetrieben wird?“

Reichsminister: „Diese Bemerkung ist völlig richtig. Aus der Bekanntmachung der Reichsregierung klingt deutlich heraus, wieviel davon abhängt, daß der Geist, in dem diese Schritte der Reichsregierung getan sind, nun recht schnell Allgemeingut des deutschen Volkes wird. Die ganze Wirtschaft muß im gleichen Sinne handeln. Im ganzen öffentlichen Leben muß der Grundsatz größter Sparsamkeit gelten. Wir müssen den Zahlentaumel der Inflation nun endgültig hinter uns lassen. Es muß in der ganzen Wirtschaft wieder heißen: „Großer Umsatz, kleiner Nutzen!“

Sollten etwa auch jetzt noch Zwischenglieder des Wirtschaftslebens die Preise festhalten, statt die Vorteile der Preissenkung dem Verbraucher zuzuführen, so würde das sehr bedenkliche Folgen zeitigen.

Auch die Reichsregierung selbst wird, sobald nur irgend möglich, alle noch sonst erforderlichen Schritte tun. Besonders im Steuerwesen wird der Reichsfinanzminister dem Reichstag Gesetze vorlegen, die eine neue Durchbildung des Steuerwesens in Reich, Ländern und Gemeinden bezwecken und versuchen, die schwere Steuerbelastung, die unser Volk trotz seiner Armut tragen muß, so gerecht und so wenig wirtschaftshemmend wie möglich zu verteilen und dadurch so leicht wie möglich zu machen. Die heute angekündigten Schritte der Reichsregierung aber mußten sofort unternommen werden, wurden auch von der Wirtschaft lebhaft ersehnt. So ungeheuer schwer die Lasten des Londoner Abkommens auch sind und so beharrlich und ernst wir auch fortgesetzt daran werden arbeiten müssen, die Durchführung des Sachverständigengutachtens für uns tragbar zu gestalten, so wollen wir doch ohne Zögern unsere volle Kraft an den Wiederaufbau Deutschlands und damit Europas setzen.

Immer noch steigende Arbeitslosigkeit

Berlin, 13. September. (W. T. B.)

In der Zeit vom 15. August bis zum 1. September 1924 ist im unbesetzten deutschen Gebiet die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen von 357 000 auf 371 000, die Zahl der Zuschlagsempfänger — unterstützungsberechtigten Angehörigen Vollerwerbsloser — von 422 000 auf 436 000 gestiegen. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit hat sich damit in wesentlich engeren Grenzen gehalten als in der ersten Hälfte des Monats August (1. August 328 000 unterstützte Erwerbslose). Zu beobachten bleibt, daß neben den unterstützten noch eine nicht unbeträchtliche Zahl Erwerbsloser vorhanden ist, die nach dem gegenwärtigen Stand der Bestimmungen Unterstützung nicht erhalten.

In verschiedenen Währungen

soll die Deutschland-Anleihe aufgelegt werden

London, 13. September. (Eca.)

Aus Washington wird gemeldet: Staatssekretär Mellon glaubt, daß die Dawes-Anleihe in der Währung jedes Landes, das sie zeichnen soll, aufgelegt werden wird. Man wird also vermeiden, den Dollar oder das Pfund als Basis für die Anleihe zu nehmen. Das Schatzamt glaubt, daß die Bankiers noch nicht offiziell über die Zinshöhe der Anleihe befragt worden sind.

Der Wiederaufbau des Kohlensyndikats

Essen, 13. September. (W. T. B.)

Dem Kohlensyndikatsvertrage sind insgesamt Zechen mit rund 90 Prozent der Beteiligung beigetreten. Die Vertragschließenden haben zur Bedingung gemacht, daß die dem Vertrag noch nicht beigetretenen Zechen sich bis zum Abend des 16. September entschließen. Eine neue Zechenbesitzerversammlung findet am 16. September, nachmittags 4 Uhr, statt.

Wiedfeldts Rücktritt vertagt

New-York, 13. September. (W. T. B.)

Die „Associated Preß“ meldet aus Washington: Der Rücktritt des deutschen Botschafters Dr. Wiedfeldt, der für den 15. September angekündigt war, ist, wie von einer der Botschaft nahestehenden Seite mitgeteilt **wird, auf unbestimmte Zeit verschoben worden.**

Allessandri,
der abgesetzte Präsident von Chile.

Die Bruderhand. Wie aus Hamburg gemeldet wird, hat der internationale Buchdruckerkongreß einen schwedischen Antrag angenommen, in dem die Aufnahme des russischen Verbandes befürwortet wird für den Fall, daß er sich verpflichtet, die internationalen Statuten anzuerkennen. Als Sitz des Sekretariats wurde wiederum die Schweiz gewählt, **worauf der Kongreß gesch[illegible]**

Schnelldienst

Die Verwaltung der staatlichen russischen Handelsflotte (Gostorgflot) hat neuerdings einen direkten Schiffsverkehr zwischen Petersburg und Amerika eingerichtet.

In Antwerpen hat sich eine Kommission gebildet, die die Möglichkeit untersucht, ob 1930 eine Weltausstellung in Antwerpen veranstaltet werden kann.

Da eine Verbilligung der Kohlenpreise in Belgien in Aussicht gestellt ist, werden demnächst auch die Eisenbahntarife durchschnittlich um mindestens 10 Prozent ermäßigt werden.

In den polnischen Ostgebieten ist es neuerdings zu Banditenüberfällen gekommen.

Die Zahl der Telephonanschlüsse in Groß-London beträgt 426 470.

Die feierliche Eröffnung des niederländischen Parlaments findet am kommenden Dienstag im Haag statt.

Herriot hat gestern vormittag den früheren Staatssekretär des amerikanischen Schatzamtes, MacAdoo, empfangen.

Der 33. Deutsche Juristentag wurde gestern nachmittag geschlossen.

Börsenkrise

Die abgeblasene Anleihehausse — Scharfe Kapitalzusammenlegungen — Entrechtete Kleinaktionäre

Von
Dr. Adolf Roeder

An der Börse hat sich in den letzten Wochen eine Entwicklung vollzogen, die wohl nur von ganz wenigen vorausgeahnt worden ist. Die überwiegende Meinung ging dahin, daß nach Annahme der Dawes-Gesetze im Reichstag eine Entspannung der innen- und außenpolitischen Lage eintreten würde, von der man auch eine Besserung der Verhältnisse auf wirtschaftlichem Gebiete erwarten könnte. Natürlich würde sich diese Wendung, wie man weiter kalkulierte, auch an der Börse auswirken und dort zu einer ziemlich stetigen, wenn auch von erst noch langsamer Aufwärtsbewegung führen. Wer so dachte, vergaß, daß an der Börse immer alles anders kommt, als man denkt. Wohl kann von einer günstigeren politischen Konstellation als noch vor Wochen gesprochen werden, wohl ist im Wirtschaftsleben ein allmähliches Nachlassen der Krise erkennbar, doch ist die Reaktion dieser Momente auf die Börse bis jetzt ausgeblieben. Man kann sogar feststellen, daß die Tendenz sich Ende August, also zu der Zeit, in der die Entscheidung über die Annahme des Sachverständigengutachtens im deutschen Parlament erfolgen sollte und bereits stark mit einer Ablehnung gerechnet werden mußte, besser hielt als in den vergangenen Wochen. Auch in den ersten Tagen des September war die Stimmung an der Börse noch verhältnismäßig zuversichtlich. Die Aussicht auf Räumung des besetzten Gebietes, auf Fortfall der hemmenden Zollschranken und auf Erleichterungen im Verkehr mit den bis dahin abgeschnürten Teilen Deutschlands, erzeugte auch in der Burgstraße einigen Optimismus. Bezeichnenderweise lebte sich dieser in einer Anleihehausse aus. Man glaubte, daß die nunmehr erfolgte Festsetzung der deutschen Zahlungsverpflichtungen an die Entente und die übrigen in London getroffenen Abmachungen den Weg zu einer endgültigen Lösung der Aufwertungsfrage hinsichtlich der deutschen Kriegs- und Vorkriegsanleihen geebnet hätten. Die Phantasie der Spekulation wurde durch die verschiedensten Kombinationen aufs heftigste erregt, und sie sah sich im Geiste als Teilnehmer an der Aufwertungshausse bereits im Besitze stattlicher Gewinne. Die 5proz. Reichsanleihe erreichte damals, am 4. September, mit 1340 Milliarden Prozent einen „Rekordstand“, doch war diese Bewertung nicht von langer Dauer. Es kam im Zusammenhang mit energischen Aufwertungsdementis zu heftigen Schwankungen, die im Laufe der nächsten Börsen bis auf zirka 800 Milliarden Prozent hinabführten. Das Reichsfinanzministerium erklärte mit großem Nachdruck die Meldungen und Gerüchte, wonach in nächster Zeit eine Besprechung zwischen Vertretern des Reichsfinanzministeriums und der Bankwelt wegen der Aufwertung der deutschen Anleihen stattfinden und eine Erörterung der Frage der Wiederaufnahme des Zinsendienstes in bescheidenem Umfange erfolgen würde, für völlig aus der Luft gegriffen. Auch von anderen Stellen wurden Aufwertungsversionen dementiert, so unter anderen von der hamburgischen Finanzdeputation mit Bezug auf Hamburger Anleihen. Durch derartige offizielle Erklärungen wurde der Optimismus der Anleihespekulanten immer mehr herabgemindert, zumal da das Ausland, das eine Zeitlang große Käufe in Anleihen vorgenommen hatte, nicht mehr mitmachte und sich nach und nach wieder einmal fast ganz von den deutschen Effekten zurückzog. Als die Spekulation erkannte, daß es mit dem Anleiherummel vorbei war, nahm sie vielfach einen Tausch gegen Industriepapiere vor, ohne aber auf diesen Märkten den Erfolg zu finden, der ihr auf den Anleihemärkten versagt geblieben war. Obwohl es hier an Anregungen nicht fehlte, wollte sich eine entschiedene Aufwärtsbewegung nicht einstellen. Es kam vielmehr andauernd Material auf den Markt, da die politische Lage immer noch ungeklärt und auch die wirtschaftliche Situation recht unsicher ist. Dazu kam noch, daß der Anleihemarkt ein geradezu krisenhaftes Aussehen erhielt und vielfach hier erlittene Verluste durch Verkäufe von Industrieaktien ausgeglichen werden mußten. Di[illegible]